



Medienkonferenz Bericht Wohnstadt Bern 2012 von Donnerstag, 18. März 2010

REFERAT VON STADTPRÄSIDENT ALEXANDER TSCHÄPPÄT

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Damen und Herren

Vor zwei Jahren habe ich letztmals über die Wohnbaupolitik Bilanz gezogen. Mittlerweile sind wir in einer neuen Legislatur, und ich möchte Ihnen zeigen, was sich der Gemeinderat bis 2012, bis zum Ende dieser Legislatur, vorgenommen hat.

Ich selber bin im zehnten Jahr als Exekutiv-Politiker der Stadt Bern. Dieses Beinahe-Jubiläum möchte ich zum Anlass nehmen für einen kleinen Rückblick auf das wohnbaupolitische Engagement des Gemeinderates in all diesen letzten Jahren.

Ich freue mich, dass wir diese Medienkonferenz in der Siedlung Burgunder durchführen können. Besten Dank der NPG AG für die Gastfreundschaft. Die NPG steht für nachhaltiges, partizipatives und gemeinnütziges Bauen.

Diesen Ort haben wir ausgewählt, weil er den Aufbruch und die Erfolge der städtischen Wohnbaupolitik gut verkörpert: Während Jahren war nicht klar, wie es mit diesem Areal weitergehen sollte; zahlreiche Ideen waren vorhanden, diverse Konzepte wurden erarbeitet, viele Gespräche und Verhandlungen wurden geführt. Heute entsteht hier ein neue Siedlung, erstellt von zwei verschiedenen Trägerschaften: Sie hat einen guten Wohnungsmix, beherbergt eine Kita, verbindet neue und alte Bausubstanz und ist nachhaltig und innovativ. Und: Die Siedlung Burgunder ist das erste autofreie Wohnprojekt in der Schweiz.

Exkurs zum autofreien Wohnen: Das Thema autofreies Wohnen ist übrigens in der Stadt Bern auch fast 10jährig. Im Juni 2000 erklärte der Stadtrat die Motion Oskar Balsiger (SP)/Verena Furrer-Lehmann (GFL) zum Wohnen auf dem Viererfeld erheblich. Die Motion beauftragte den Gemeinderat unter anderem zu prüfen, inwiefern ein Teil des Viererfelds für autofreies Wohnen vorgesehen werden kann. Die Umsetzung von autofreiem Wohnen im Viererfeld gelang bisher nicht, jedoch konnte die Siedlung Bur-

gunder realisiert werden. Die Stadt hat zusammen mit der NPG AG und der WOK Burgunder vor allem die juristischen Knackpunkte geklärt. Beispielsweise musste vertraglich sichergestellt sein, dass – falls sich das autofrei Wohnen nicht bewährt - nachträglich Parkierungsmöglichkeiten erstellt werden können. Heute sind in der Siedlung deshalb Flächen reserviert, auf denen bei Bedarf nachträglich Parkplätze erstellt werden könnten.

Nun zum **Rückblick auf fast 10 Jahre Wohnbauengagement:**

(Folie 2)

Als ich im Jahr 2001 meine Arbeit als Gemeinderat aufgenommen habe, zählte die Berner Bevölkerung 126'661 Personen. Hinter uns hatten wir eine Zeit der Bevölkerungsabnahme. Den Höchststand der Bevölkerungszahl hat Bern im Jahr 1962 mit 165'768 Personen erlebt. Für mich war von Anfang meiner Tätigkeit an klar, dass die Wohnbaupolitik ein Schwerpunkt sein muss. Denn ohne zusätzliche Wohnungen kann man keine zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen – dies umso mehr, als die Menschen ja gerne in Bern leben wollten und wollen, aber Mühe hatten, eine geeignete Wohnung zu finden.

Wir wurden oft belächelt, wenn wir betonten, wie wir die Stadt Bern als Wohnstadt fördern wollen – heute zeigt sich, dass sich der Aufwand gelohnt hat. Mehr Wohnraum bedeutet mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Und ein gutes Wohnumfeld bedeutet mehr Lebensqualität. Und mehr Lebensqualität bedeutet noch mehr Standortattraktivität. Und dies wiederum führt zu mehr Steuereinnahmen, einem guten Image und einem angemessenen Service public - was wiederum die Tendenz zu einer lebendigen, gesunden, durchmischten Stadt fördert.

Der Gemeinderat bekräftigte die Bedeutung des Wohnungsbaus mit seinen Schwerpunkten bereits in den Legislaturzielen 2001 und 2005 (zu den späteren Zielen des Gemeinderats komme ich nachher).

Arbeit gab es in den letzten fast 10 Jahren genug:

- Wir bearbeiteten Wohnbauplanungen mit höchster Priorität , z. B. die Siedlungen Weissenstein, Acherli oder diverse Wohnbauprojekte in Oberbottigen;
- Wir ergänzten das Stadtentwicklungskonzept STEK mit der Fortschreibung Wohnen;

- Wir schufen die Fachstelle Wohnen (die mittlerweile Teil der Abteilung Stadtentwicklung ist);
- Wir bauten Kontakte zu Investorinnen und Investoren auf;
- Wir kümmerten uns um private Bauherrschaften, die Wohnbauprojekte realisieren wollten und wollen;
- Wir begannen mit Wohnstadtmarketing;
- Wir haben die Bauordnung revidiert und das Baubewilligungsverfahren optimiert;
- Wir kümmerten uns ergänzend zum Wohnen intensiv um die Verbesserung des Wohnumfelds.

Was haben nun unsere Arbeiten gebracht? (Folie 3)

Betrachtet man die 5-Jahres-Bauperioden, so sieht man, dass in der laufenden Periode bis Ende dieses Jahres rund 1 600 Wohnungen neu erstellt sein werden. In den Perioden davor waren es mit 574, 775 und 489 deutlich weniger.

Diese Zahlen finden Sie auch in Ihren Unterlagen im neuen Bericht zur Wohnbautätigkeit in der Stadt Bern 2009, welcher die Statistikdienste soeben herausgegeben haben. (Folie 4)

Ich bin sehr stolz darauf, dass die vielen Arbeiten zur Wohnbauförderung nun wirklich Früchte tragen und dass wir letzten Oktober den 130 000sten Einwohner begrüßen konnten. Heute zählen wir bereits 130 465 Einwohnerinnen und Einwohner¹. Daneben wurden auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Gegenüber der letzten Betriebszählung 2005 gibt es heute ca. 4000 neue Arbeitsplätze in der Stadt Bern², das sind knapp 154 000 Arbeitsplätze.

Ausblick: Ziele des Gemeinderats

Wie Sie sicher wissen, hat der Gemeinderat zu Beginn der laufenden Legislatur die **Strategie Bern 2020** erarbeitet. Danach soll die Stadt Bern eine attraktive und moderne Wohn-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstadt mit höchster Lebensqualität sein. Die Bevölkerungszahl soll sich wieder den früheren Zahlen annähern und bis ins Jahr 2020 auf 140 000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen. Bern will eine Wohnstadt für

¹ Stand Februar 2010

² Betriebszählung 2005: 148'918 Arbeitsplätze, 2008: 152'560

alle Generationen sein. Die Ansprüche, die ältere Menschen ans Wohnen stellen, werden künftig noch stärker berücksichtigt.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Familien, da für Kinder und Jugendliche ein familienfreundliches Wohnumfeld zur Verfügung stehen soll. Erfolge zeigen sich hier: Die Zahl der Kinder im Vorschulalter nimmt zu. Dies dürfte auch zu zunehmenden Schülerzahlen führen. Das zeigt, dass wieder vermehrt Familien mit Kindern in der Stadt Bern wohnen und dass das Ziel, Bern als familienfreundliche Stadt zu positionieren, erreicht wurde. Und wenn wir schon bei den Kindern sind: Im demnächst erscheinenden Bericht der Statistikdienste „Die Wohnbevölkerung der Stadt Bern Ende 2009“ werden Sie neben vielen anderen wichtigen Informationen auch die beliebtesten Vornamen 2009 finden: Bei den Mädchen sind dies „Lina“ und „Mia“, bei den Buben „Julian“ und „Elias“.
(Folie 5)

Die **Legislaturrichtlinien 2009 – 2012** enthalten das Ziel, bis 2012 Wohn- und Lebensraum für insgesamt 135 000 Menschen zu schaffen. Das ist ehrgeizig.

Zur Wohnbauförderung im engeren Sinn hat der Gemeinderat die Absicht formuliert, in der laufenden Legislatur neue Planungen für 500 Wohnungen vorzubereiten und Planungen für 500 Wohnungen abzuschliessen. 500 neue Wohnungen sollen bis 2012 zudem bezugsbereit sein und drei innovative Wohnbauprojekte gefördert werden.

Bericht Wohnstadt Bern 2012

Die Ziele sind gesteckt, nun läuft die Umsetzung. Dafür hat der Gemeinderat den Bericht **Wohnstadt Bern 2012** verabschiedet. Sie finden den Bericht in den Pressemappen.

Zeithorizont des Berichts ist die laufende Legislatur. (Der Gemeinderat hat im Jahr 2002 unter dem Namen „Massnahmenprogramm Wohnen“ bereits Massnahmen zur Wohnbauförderung beschlossen. Diese Massnahmen sind mittlerweile weitgehend abgeschlossen).

Der Bericht Wohnstadt Bern 2012 baut auf den Grundsätzen auf, die auch in der Strategie Bern 2020 zu finden sind:

(Folie 6)

Bern ist...

...**eine wachsende Stadt**: Bern braucht für die Vitalität der Stadt seine Wohnbevölkerung. Und zur Erfüllung der städtischen Leistungen sind ausreichende Steuereinnahmen notwendig. Die Bevölkerung soll weiter wachsen, und dafür benötigen wir zusätzlichen Wohnraum.

2009 lag der Steuerertrag 4.9% unter den Vorjahreszahlen. Bei den natürlichen Personen stiegen die Erträge im Jahr 2009 gegenüber dem Budget um 20,3 Millionen Franken oder 7,4 Prozent (sind aber um 5,6 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr). Im Gegensatz zur Entwicklung bei den natürlichen Personen lagen die Steuererträge bei juristischen Personen um 40,9 Millionen Franken oder 35 Prozent unter den budgetierten Werten und 17,4 Millionen unter den Vorjahreswerten.

Sie sehen: Eine gesunde Bevölkerungszahl ist auch für gesunde Stadtfinanzen ein entscheidender Faktor.

...**eine kreative Stadt**: Wir sind der Meinung, dass unsere städtische Bevölkerung für neue Trends, für kreative und experimentelle Wohnformen offen ist. Wir möchten deshalb innovative Wohnbauprojekte ermöglichen und fördern. Die Siedlung Burgunder, in der wir uns im Moment befinden, ist hierfür ein gutes Beispiel. Andere innovative und nachhaltige Projekte werden folgen: Ich denke da z.B. an die Projekte Centralweg und Mutachstrasse, wo Niedrigstandardprojekte oder energiearme Siedlungen angedacht werden.

...**eine ökologische Stadt**: Bern möchte namentlich als Energiestadt ein Vorbild sein. Wir wollen damit unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen wahrnehmen.

...**eine weltoffene Stadt**: Bern soll eine Stadt für alle sein. Verschiedene Bevölkerungsschichten, Altersgruppen und Nationalitäten sind hier willkommen. Dementsprechend wird Wohnraum unterschiedlicher Standards benötigt.

...**eine soziale Stadt**: Unsere Erfahrungen zeigen, dass die öffentliche Hand im Wohnungsbau in erster Linie in Segmenten gefordert ist, in denen der Markt ungenügend spielt. Dazu braucht es in einer Stadt auch einen guten Mix aus teuren und günstigen, grossen und kleinen Wohnungen für Mieter und solche, die eine Wohnung kaufen wollen.

Nun zu den Massnahmen und **Handlungsfeldern**:

Der Bericht enthält acht Handlungsbereiche. Er enthält teilweise konkrete Massnahmen, teilweise „Handlungsmöglichkeiten“. In diesen Bereichen soll nun vorerst abgeklärt werden, welches der Spielraum ist und ob es Sinn macht, entsprechende Massnahmen zu formulieren (Folie 7 und 8)

Die Handlungsmöglichkeiten umfassen Neues und Bewährtes, und sie thematisieren Neubauwohnungen und den Altwohnungsbestand.

Der Umgang mit dem Altwohnungsbestand ist für die Stadt Bern ein wichtiges Thema, wie Sie auf der Grafik (Folie 9) sehen: fast drei Viertel des städtischen Wohnungsbestands wurden vor 1960 erstellt.

Hier ein Anliegen des Gemeinderates in eigener Sache: Wie Sie wissen, haben wir mit der Budgetknappheit heute und voraussichtlich in den kommenden Jahren ein Problem: Nicht alles, was aus wohnbaupolitischen Überlegungen richtig und wichtig wäre, kann realisiert werden. Das sind einerseits Investitionen in Wohnbauplanungen – also in die Wohnbautätigkeit von Morgen –, aber auch konzeptionelle Arbeiten, die diese Bestrebungen unterstützen könnten, und insbesondere auch Investitionen in Infrastrukturen, die infolge der Bautätigkeit notwendig werden.

Ich bin überzeugt, dass die Wohnstadt Bern heute boomt – und dass es wichtig ist, diesen Trend weiter zu fördern. Angesichts der Sparmassnahmen mussten unsere Arbeiten, insbesondere verschiedene Planungen, priorisiert werden, und einzelne Projekte werden wohl für einige Jahre aufgeschoben werden müssen.

1. Handlungsbereich: Wohnbauplanungen (Folie 10)

Wohnbauplanungen sind die Grundlage für neue Wohnbauprojekte. Sie sind nicht von heute auf morgen vorbereitet; eine Ein- oder Umzonung benötigt Zeit, denn die Mitwirkung der Bevölkerung ist dem Gemeinderat sehr wichtig. So sind heute bereits **neue Wohnbauplanungen** anzudenken. So prüfen wir zum Beispiel im Moment, ob sich das Areal des heutigen Bildungszentrums Pflege an der Reichenbachstrasse zum Wohnen eignet. Wieder aufgenommen wurden auch Überlegungen zum Mittelfeld, dem städtischen Teil des Vierfelds.

Damit die Stadt Bern auch mittelfristig Areale für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann, sind grössere **bauliche Entwicklungen im Westen und Osten** der Stadt

vorzubereiten. Wir denken an Konzeptplanungen in den Gebieten Brünnen-Süd und Saali.

Laufende Wohnbauplanungen wie Warmbächliweg (KVA), Holligen/Mutachstrasse oder Stöckacker-Süd sollen rasch zur Volksabstimmung gebracht werden.

Die Idee der **Waldstadt Bremer** möchten wir gemäss unserer Strategie prüfen; den Förderverein unterstützen wir bei seinen Abklärungen rund um die Waldstadt Bremer mit Know How. Welchen Spielraum die Forstgesetzgebung lässt, wird sich in den weiteren Abklärungen (Machbarkeitsstudie) zeigen.

Das **Stadtentwicklungskonzept (STEK)** wird überprüft und Aktualisierungsarbeiten werden an die Hand genommen – aber eben, das ist, wie bereits erwähnt, eines der Geschäft, das angesichts der Finanzsituation nicht in erster Priorität bearbeitet werden kann.

2. Handlungsbereich: Wohnungsneubau (Folie 11)

Beim Wohnungsneubau unterscheiden wir im Bericht Wohnstadt Bern 2012 zwischen **städtischen Arealen und privaten Arealen**.

Die **städtischen Areale** befinden sich grösstenteils im Eigentum des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik, so zum Beispiel das Areal Bitziusstrasse/Haspelweg. Bei den meisten im Bericht aufgeführten Arealen sind die Vorarbeiten bereits weit fortgeschritten. Ziel des Gemeinderats ist es, die Areale einer raschen Realisierung zuzuführen.

Auch die Bebauung **privater Areale** möchten wir wie bisher anregen und unterstützen. Grösseres Wohnbaupotential besteht kurzfristig beispielsweise in Brünnen (realisiert bzw. momentan im Bau 253 Wohnungen, bis zum Endausbau zusätzlich 630 Wohnungen), beim geplanten Neubau der Migros Breitenrain (60 Wohnungen), bei der Überbauung Brunnmatt (99 Wohnungen) oder in Weyermannshaus-Ost (ca. 130 Wohnungen).

Zudem möchten wir **Gesellschaften und Genossenschaften mit städtischer Beteiligung** zum Wohnungsneubau anregen. (Folie 12)

Dies entspricht auch der Strategie des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik.

Weiter erachten wir es als wichtig, zu prüfen, ob in **Dienstleistungszonen** ein Potential für Wohnungsbau besteht. Mit der neuen Bauordnung können heute 50% der Bruttogeschossfläche in Dienstleistungszonen als Wohnraum genutzt werden; wenn die Lärmimmissionen dies zulassen, ist sogar ein Wohnanteil bis zu 100% möglich. Erfahrungen mit konkreten Projekten zeigen aber, dass die Einhaltung der Lärmschutz-Immissionsgrenzwerte manchmal schwierig ist.

Zum Bereich Wohnungsneubau hat sich der Gemeinderat weiter vorgenommen, **innovative Wohnbauprojekte und preisgünstige Wohnungen** zu fördern. Neben dem Projekt Stöckacker-Süd, das vom Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik realisiert wird, möchten wir weitere innovative Projekte initiieren. Ausserdem prüfen wir, ob gemeinnützige Wohnbauträger durch die Abgabe von Bauland bei der Realisierung preisgünstiger Wohnungen unterstützt werden können.

Wir klären ab, ob ein spezielles Bedürfnis nach **preisgünstigem Wohnraum für ältere oder behinderte Menschen** besteht und ob es in der Bildungsstadt Bern auch ein spezielles Angebot **für Auszubildende** braucht.

3. Handlungsbereich: Wohnungserneuerung (Folie 13)

Im Handlungsbereich Wohnungserneuerung hält der Gemeinderat insbesondere seine Absichten betreffend **ökologischer Nachhaltigkeit** fest: Er setzt sich dafür ein, dass städtische Wohnungen und Wohnungen von Gesellschaften und Genossenschaften mit städtischer Beteiligung energetisch auf den aktuellen Stand gebracht werden. Die Denkmalpflege sucht nach Lösungen, damit energetische Verbesserungen auch bei Bauten, die im Bauinventar sind, umgesetzt werden können. Wünschenswert wäre es, wenn bei Bund, Kanton und Gemeinden mehr finanzielle Mittel für Gebäudesanierungsprogramme zur Verfügung stehen würden.

4. Handlungsbereich: Kleinräumliche Verdichtung, Ersatzneubau

(Folie 14)

In Bern steht nicht endlos Land für den Bau neuer Siedlungen zur Verfügung. Deshalb sind der Wohnungsbestand und die Nutzung des bereits bebauten Landes wichtige Themen. Innerhalb des bestehenden Stadtkörpers gibt es Areale mit tiefer Ausnützung. **Verdichtung** muss deshalb ein Thema sein. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Verdichtung immer auch soziale Auswirkungen hat, da im Falle eines Abrisses und Neubaus einer Siedlung auch Wohnraum verloren geht.

Es ist uns bewusst, dass Verdichtungsmöglichkeiten – und deren Grenzen – namentlich in Fachkreisen ein im Moment viel diskutierte Thema ist. Aber ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, diese Potenziale zu prüfen, nicht zuletzt, weil sich in den letzten Jahren angesichts des knapper werdenden Bodens und damit der steigenden Preise die Situation verändert haben dürfte. Schliesslich haben auch z. B. Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen dazu geführt, dass es gerechtfertigt ist, allfällige Verdichtungspotenziale neu auszuloten.

5. Handlungsbereich: Umnutzungen, Rückführungen, Nutzung von bestehendem Wohnraum (Folie 15)

In Bern gibt es zahlreiche Wohnungen, die nicht für das Wohnen genutzt werden, sondern von Büros belegt sind. Wir alle kennen wohl eine Arzt- oder andere Praxis in Räumen, die gut zum Wohnen geeignet wären. Erhebungen der Abteilung Stadtentwicklung haben gezeigt, dass es für die Stadt wegen der Besitzstandsgarantie in vielen Fällen nicht möglich ist, **Rückführungen** fremd genutzter Wohnungen durchzusetzen. Es ist uns bewusst, dass die Frage der Besitzstandsgarantie eine umstrittene ist, wir sind aber der Meinung, dass es sich lohnt, auch diese fundiert zu prüfen. Zudem prüfen wir, ob die Stadt Anreize schaffen kann, die zur Rückführung von fremd genutztem Wohnraum oder auch zur Umnutzung von Dienstleistungsflächen beitragen können – z. B. mit einer Erhöhung der Ausnutzungsziffer.

Ein Thema sind auch die tiefe **Belegung der Wohnungen** (durchschnittlich 1,75 Personen) und der hohe Anteil **Zweitwohnungen**. Zu letzteren fehlen uns zwar aktuelle Zahlen, im Jahr 2000 waren jedoch 9.4% der Wohneinheiten oder 6 796 Wohnungen zeitweise nicht oder gar nicht bewohnt.

Der Zweitwohnungsproblematik ist Beachtung zu schenken, und es sind Möglichkeiten zu prüfen, wie allfälliger Missbrauch verhindert werden kann.

6. Handlungsbereich: Rechtliche Grundlagen (Folie 16)

Die Stadt Bern hat mit der Bauordnung 06 ein aktuelles Instrument zur Förderung der Wohnbautätigkeit erarbeitet. Seinerzeit wussten wir nicht, dass der Grosse Rat das kantonale Gesetz über die **Erhaltung von Wohnraum WErG** per Ende 2011 abschaffen wird. In der Stadt Bern sind geschätzte rund 500 Wohnungen in der unteren Altstadt und 700 Wohnungen in Dienstleistungszonen ausschliesslich über das WErG

geschützt. Wir müssen deshalb den Schutz dieser Wohnungen vor Umnutzungen auf kommunaler Stufe verankern und werden vermutlich unsere Bauordnung entsprechend anpassen. Die entsprechenden Arbeiten laufen.

7. Handlungsbereich: Marketing (Folie 17)

Das **Wohnstadtmarketing** läuft gut und soll fortgesetzt werden. Beispielsweise an der jüngsten Eigenheim-Messe Anfang März wurde die Wohnstadt Bern präsentiert und konnten zahlreiche Interessierte über Wohnbauprojekte in der Stadt Bern informiert werden. Sie haben in den Pressemappen die Übersicht über die aktuellen Projekte. Private Wohnbauträger sind für die Stadt als Partner wichtig. Ein erfreuliches Beispiel einer gelungenen privaten Initiative ist die Umnutzung des Hochhauses an der Kőnizstrasse 74. Wo früher Büros untergebracht waren, sind heute attraktive Alterswohnungen sowie Pflegeplätze im Bau. Wir wollen **Kontakte** zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Stadtverwaltung, Investorinnen und Investoren sowie weiteren Wohnbauengagierten weiterhin pflegen, damit solche Projekte speditiv abgewickelt werden können.

Wir werden auch weiterhin **Einwohnerinnen und Einwohner** gezielt anwerben. So werden zum Beispiel, wenn Firmen ihren Standort nach Bern verlegen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Wohnstadt Bern und ihre Vorteile – und nicht zuletzt ihr konkretes Wohnungsangebot – informiert.

8. Handlungsbereich: Evaluation, Monitoring (Folie 18)

Die Stadt, der Wohnungsmarkt und die Bevölkerungsstruktur sind laufend Veränderungen unterworfen. Für die Wohnbaupolitik sowie für die soziale und bauliche Stadtentwicklung ist es wichtig, dass wir Entwicklungstendenzen frühzeitig erkennen. Wir haben deshalb ein sozialräumliches Monitoring institutionalisiert. Das Monitoring zeigt uns sozialräumliche Veränderungen in den Stadtteilen und Quartieren auf.

Ausserdem führen wir Erfolgskontrollen zur Wohnbaupolitik durch. Eine Untersuchung des grenzübergreifenden Quartiers Weissenstein-Neumatt läuft im Moment. Wir evaluieren, wer in die neuen Wohnungen eingezogen ist und was die Gründe für die Umzüge ins neue Quartier waren.

Die Studie wird im Frühsommer vorliegen, und wir werden sie Ihnen dann gerne präsentieren.

Der Bericht liegt vor – wie weiter? (Folie 19)

Sie werden jetzt vielleicht denken, der Bericht enthalte viele Absichten, aber keine konkreten Massnahmen. Das ist teilweise so. Der Bericht sagt, an was wir arbeiten und wo wir weiterdenken wollen. Die weiteren Arbeiten werden zeigen, ob alle vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten umsetzbar und sinnvoll sind.

Bis Mitte 2010 sind die Fachabteilungen beauftragt, die im Bericht genannten Handlungsmöglichkeiten zu konkretisieren. Wenn die Abklärungen ergeben, dass die Handlungsmöglichkeiten einen Gewinn für das Wohnen in der Stadt Bern bringen, werden daraus konkrete Massnahmen formuliert.

Viele der nun erwähnten Themenbereiche sind bereits in Bearbeitung, andere sind neu und werden nun genauer geprüft. Wir müssen breit denken, wenn wir die Wohnstadt Bern voranbringen möchten. Alle Handlungsmöglichkeiten sind uns wichtig. Solche, die im direkten Einflussbereich des Gemeinderats liegen, aber auch solche, die andere zur Wohnbautätigkeit animieren.

Sie sehen, Bern bewegt sich, auch oder vor allem im Wohnungsbau. Neben der Siedlung Burgunder, wo wir heute das Gastrecht hatten, gibt es mit den Siedlungen Baumgarten, Brünnen oder Schönberg Ost weitere Erfolgsgeschichten – unser Ziel ist, dass in Zukunft nicht nur alle „Linäs“ und „Julians“ eine unbeschwerte Kindheit in der Stadt Bern haben können, sondern auch alle anderen Kinder und Jugendliche.

An dieser Geschichte arbeiten wir weiter. Danke allen, die mithelfen!